

Wirtschaft unter Druck: ÖGB warnt vor Vermögenssteuern in Österreich!

ÖGB-Präsident Katzian warnt vor Vermögens- und Erbschaftsteuern, die Vertrauen und Standort Österreich gefährden könnten.



Österreich - Im Rahmen der ORF-Pressesunde äußerte sich ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian am 26. Mai 2025 zur bevorstehenden Debatte über die Wiedereinführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern in Österreich. Katzian stellte klar, dass die Diskussion um diese Steuern bereits entschieden sei, da sie nicht ins Regierungsprogramm aufgenommen wurden. Er betonte, dass dies die Stabilität des Standortes Österreich gefährde und mögliche Investitionen in der Immobilienwirtschaft unter Druck setzen könnte. Zudem kritisierte er, dass in früheren Diskussionen die Besteuerungsgrenzen sukzessive gesenkt wurden.

Unterstützung erhielt Katzian von ÖHGB-Präsident RA Dr. Martin

Prunbauer, der ebenfalls vor den negativen Auswirkungen ideologisch motivierter Belastungsdebatten warnte. Er forderte eine Phase der Stabilität, die zur Bekämpfung wirtschaftlicher Unsicherheiten notwendig sei. Experten befürchten, dass Eigentum durch die Einführung oder Erhöhung dieser Steuern zusätzlich belastet wird, was dem Standort Österreich schaden könnte.

Historische und Internationale Perspektiven

Die Thematik rund um die Vermögenssteuer ist nicht neu und hat historische Wurzeln, die bis ins antike Griechenland und Rom zurückreichen. In den meisten europäischen Ländern wurde die jährlich auf Vermögen erhobene Steuer mittlerweile abgeschafft, da Aufwand und Nutzen in einem unfairen Verhältnis zueinander standen. **Deutscheskonto.org** berichtet, dass die Vermögenssteuer in Deutschland seit 1997 ausgesetzt ist, während sie in Österreich seit 1993 nicht mehr erhoben wird. Viele Staaten sehen in der Vermögenssteuer kein nachhaltiges Mittel zur Steuererhebung, weshalb diese in den letzten zwei Jahrzehnten häufig abgeschafft wurde.

Eine Übersicht über die Vermögenssteuersituation in Europa zeigt, dass einige Länder, wie Belgien und Irland, niemals eine Vermögenssteuer erhoben haben, während andere, darunter Dänemark und Frankreich, unterschiedliche Regelungen etabliert haben. In Frankreich fällt die Vermögenssteuer beispielsweise nur auf natürliche Personen an und gilt auch für Steuerausländer mit Vermögen im Land. Österreich hat in der letzten Zeit eine Neuausrichtung seines Steuerrechts benötigt, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu wahren.

Erbschaftsteuern im internationalen Vergleich

Die Steuerbelastung durch Erbschaftssteuern steht in Deutschland im internationalen Vergleich besonders hoch da,

insbesondere bei Vererbungen an Ehegatten. Eine Studie des ZEW im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hat festgestellt, dass die Bundesrepublik hinsichtlich der Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen an dritter Stelle weltweit steht. Laut **Haufe** erheben 14 der 33 untersuchten Länder keine Erbschaftsteuer.

Das deutsche Erbschaftsteueraufkommen wird auf 1,1% des Gesamtsteueraufkommens geschätzt, was mehr als doppelt so hoch ist wie der OECD-Durchschnitt. Zukünftige Prognosen deuten darauf hin, dass das Erbschaftsteueraufkommen in Deutschland bis 2050 auf bis zu 14,6 Milliarden Euro anwachsen könnte, was auch die Bedeutung dieser Steuerart untermauert. Angesichts dieser Entwicklungen bleibt abzuwarten, ob und wie sich die Debatten über Vermögens- und Erbschaftssteuern in Österreich weiterentwickeln werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.deutscheskonto.org • www.haufe.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at